

# Sozialismus

www.Sozialismus.de

John P. Neelsen:  
TTIP versus BRICS?



Joachim Bischoff: Euro-  
Zone als Krisenfaktor



Peter Berg: Was bringt ein  
»Tarifeinheitsgesetz«?

Stephan Krull/Jörg Melz:  
Debatte um die Arbeitszeit

**Forum  
Gewerkschaften**

Jan Helbak:  
Die dänische Rechte



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

## Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

### Bahnstreik als instrumentalisierter politischer Coup



»Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte«, schrieb Karl Marx. Zeitgeschichtlich wird das auch schon mal umgedreht, zumindest in der Wahrnehmung jener, die beanspruchen, die »herrschenden Gedanken« für das gesellschaftliche Ganze artikulieren zu können. Sie wännen Umsturz, wenn die Zugmaschinen stehen bleiben wie beim jüngsten Streik der Lokführer ...

### Vor-Wahlkampf



Am 15.2.2015, wählen die HamburgerInnen ihre Bürgerschaft. Es zeichnet sich ab, dass die SPD um Olaf Scholz ihre absolute Mehrheit verlieren wird. Dies ist wenig überraschend, weil diese in einem Landesparlament mittlerweile Seltenheitswert haben ...

### Lawine der Altersarmut



Der Paritätische schlägt Alarm: Der Anstieg der Zahl der BezieherInnen von Altersgrundsicherung bundesweit um 7,4% weist auf eine gravierende Fehlentwicklung. Der Verband übt scharfe Kritik an der bisherigen Rentenpolitik der großen Koalition und mahnt die Bundesregierung ...

### Niedergang des Westens?

John P. Neelsen: Das Empire schlägt zurück: TTIP versus BRICS ..... 2

Ingar Solty: Zwischenwahlen im Ungleichheitskapitalismus. Entmystifizierung des republikanischen Wahlsiegs in den US-Kongresswahlen 2014 ..... 9

Günter Buhlke: Eine Gefahr für die Welt. Ausgewählte Leitlinien der US-Außenpolitik gegenüber den Ländern Lateinamerikas ..... 17

### Die Kernprobleme der Berliner Republik

Axel Troost:  
Wie politischen Stillstand und Stagnation überwinden? ..... 21

### Globalökonomie mit Risiken & Nebenwirkungen

Joachim Bischoff:  
Die Euro-Zone als Krisenfaktor ..... 27

Heerke Hummel: Der Revolution bedarf es nicht mehr  
Zur Selbsttransformation der bürgerlichen Gesellschaft im 20. Jahrhundert .... 34

Ralf Krämer: Bedingungsloses Grundeinkommen –  
Risiken und Nebenwirkungen ..... 39

## Forum Gewerkschaften

Peter Berg: Einschränkung von Koalitionsfreiheit und Streikrecht.  
Der Entwurf für ein Tarifeinheitsgesetz ..... 43

Otto König/Richard Detje: Mehr Zeit – mehr Geld.  
Tarifpolitik offensiv wenden ..... 47

Stephan Krull/Jörg Melz: Arbeitsmarktlegenden und Arbeitszeitpolitik ..... 49

Witich Rossmann: Blicke auf Organisationskulturen und Akteure  
der IG Metall ..... 53

Otto König/Richard Detje: »Betroffen ist einer, gemeint sind alle!« Saubere  
Energie und unsaubere Methoden beim Windenergieanlagenbauer Enercon .. 56

### Grenzen der Modernisierung

Felix Jaitner: Das Verhältnis von Demokratie und herrschender Klasse  
in Russland. Fragiles Entwicklungsmodell und Grenzen der Modernisierung ... 59

Jan Helbak: Die dänische Volkspartei. Historische Entwicklung  
des Rechtspopulismus im skandinavischen Wohlfahrtsstaat ..... 64

### Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum ..... 67

Veranstaltungen & Tipps ..... 68

Klaus Schneider: Zwei Tage, eine Nacht (Filmkritik) ..... 69

# Bedingungsloses Grundeinkommen – Risiken und Nebenwirkungen

von | Ralf Krämer

Die Forderung und vermeintliche Perspektive eines Bedingungslosen Grundeinkommens (im Folgenden: BGE) adressiert im Kern nur ein einziges Problem und erklärt es zu *der* Schlüsselfrage überhaupt: hinreichendes Einkommen, um davon armutsfrei leben zu können. Doch das würde die grundlegenden sozialen Probleme keineswegs lösen, und für die Probleme, die es lösen könnte, wäre es nicht erforderlich.

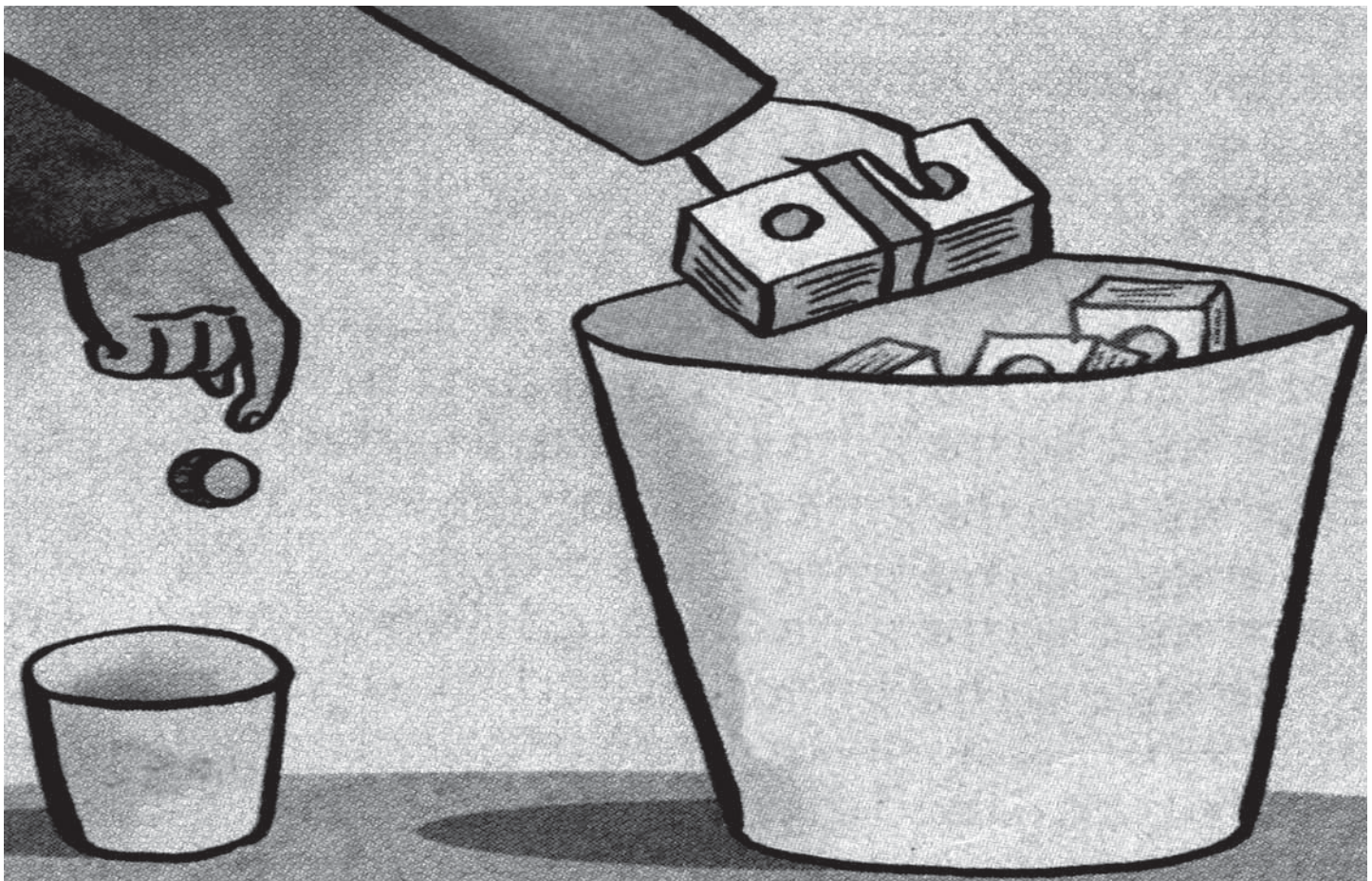
Gesellschaftliche Teilhabe ist wesentlich mehr, als was man für Geld kaufen kann. Das zentrale und grundlegende Interesse, das Erwerbslose wie Beschäf-

tigte artikulieren, ist das nach einer gut bezahlten Arbeit, die ihren Fähigkeiten und Neigungen gerecht wird und mit sozialer Anerkennung und Selbstbestätigung verbunden ist. Das zentrale Hindernis und Problem dabei ist weiterhin die Massenerwerbslosigkeit, die Menschen ausgrenzt. Die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit würde auch die Lage und reale Freiheit der Menschen und die Kräfteverhältnisse in Betrieben und Gesellschaft, die Finanzlage des Sozialstaats und die Bedingungen für die Durchsetzung sozial-ökologischen Fortschritts enorm verbessern.

## Nicht erforderlich und nicht geeignet

Armut muss bekämpft und vermieden werden. Dies kann aber mit viel weniger Aufwand und realistischer als durch ein BGE, durch verbesserte bedarfsabhängige Leistungen erreicht werden. Diese können repressionsfrei und bürgerrechtskonform gestaltet werden. Durch eine Praxis, die auf armutsgefährdete

*Ralf Krämer* arbeitet bei ver.di, Bereich Wirtschaftspolitik, und ist Sprecher der Sozialistischen Linken.



Karikatur: Economist

Bevölkerungsgruppen aktiv zugeht und ihnen Leistungen anbietet, bei Bedarf auch über ein pauschales BGE hinaus, anstatt sie zu stigmatisieren, nicht zu informieren oder abzuschrecken, könnte auch verdeckte Armut weitgehend abgebaut werden.

Nun fordern linke BGE-BefürworterInnen zusätzliche Leistungen für bestimmte Lebenslagen und Bevölkerungsgruppen und versuchen damit, sozialpolitischer Kritik entgegenzutreten. Allerdings sind in der Wirklichkeit öffentliche Finanzmittel immer knapp und Prioritäten nötig, andererseits widerspricht es dem eigenen Anspruch, Kontrollen abzuschaffen. Grundsätzlich reagieren sie auf linke Kritik, indem sie einfach weitere Forderungen mit in ihr Konzept aufnehmen, egal ob das in der Wirklichkeit zusammenpasst oder was es kostet. Dies ist schlicht eine Methode, sich gegen Kritik zu immunisieren.

Die Erfassung von Einkommen, Vermögen und Bedarfen kann nicht als Repression oder Diskriminierung betrachtet werden, sondern ist eine unverzichtbare Aufgabe eines demokratischen Sozialstaates. Die Gesellschaft hat den berechtigten Anspruch, dass die Erhebung und Verwendung öffentlicher Finanzmittel gleichmäßig und zielgerichtet erfolgt und kontrolliert wird. Auch bei Einführung eines BGE müssten Einkommen und Vermögen für die Besteuerung erfasst und geprüft werden, und dies wäre sogar weitaus umfassender und schärfer als bisher erforderlich, um die gewaltigen, zusätzlich erforderlichen Finanzmittel einzutreiben.

Der Unterschied eines BGE gegenüber bedarfsabhängiger sozialer Sicherung besteht also nicht darin, dass allen ein Existenz und soziale Teilhabe ermöglichendes Einkommen gewährleistet werden soll, und auch nicht darin, ob es Kontrollen gibt. Sondern darin, dass zig Millionen Menschen, die bereits über hinreichende Einkommen verfügen, zusätzlich ein BGE in die Tasche gesteckt bekommen sollen, das zugleich aus der anderen Tasche über exorbitant höhere Steuern wieder heraus gezogen wird, um dies finanzieren zu können.

## Bedeutung der Erwerbsarbeit

In der Grundeinkommensszene ist weitgehend Konsens und eine wichtige Begründung für das BGE, dass der Gesellschaft zunehmend »die (Erwerbs-)Arbeit ausgeht« und eine Politik für Vollbeschäftigung abgelehnt oder für aussichtslos erklärt wird. Zugleich wird Lohnarbeit meist einseitig als Plage und Zwang betrachtet und die positive, Identität und sozialen Zusammenhang stiftende Seite ausgeblendet, die sie selbst unter kapitalistischen Bedingungen hat. Das BGE wird als Möglichkeit betrachtet, sich diesem Zwang zu entziehen und Einkommen und soziale Sicherung von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln.

Selbstverständlich sind vielfältige unbezahlte Tätigkeiten, insbesondere Erziehungs-, Pflege- und andere Reproduktionsarbeiten, ebenso notwendig für den gesellschaftlichen Lebensprozess wie die Erwerbsarbeit. Und natürlich beruht die heutige Produktivität auf gesellschaftlich und historisch aufgebauten allgemeinen Bedingungen von Infrastruktur und Produktionsanlagen, Technik und Wissen. Aber diese Bedingungen der Produktivität werden nur wirksam, wenn sie im gesellschaftlichen Produktionsprozess durch lebendige Arbeit angewendet werden.

Diese gesellschaftliche Reichtumsproduktion vollzieht sich heute hauptsächlich in Formen von Erwerbsarbeit. Hier findet überwiegend die Weiterentwicklung der Produktivkräfte statt. Nur Erwerbsarbeit, also Arbeit zum Zweck des Gelderwerbs, produziert die Güter und Dienstleistungen, die mit Geld gekauft werden, und damit zugleich die Einkommen, aus denen sie bezahlt werden. Wenn dieser Prozess durch schwere Krisen und Massenerwerbslosigkeit geschädigt wird, droht soziale Verelendung. Wir können das aktuell in vielen Ländern in Europa beobachten.

Das BGE ist eine Geldleistung und darauf gerichtet, dass man damit etwas kaufen kann. Indem die BGE-FreundInnen dies als zentral für gesellschaftliche Teilhabe betrachten, bestätigen sie selbst die zentrale Rolle der Erwerbsarbeit: Wer Geld ausgibt, um etwas zu kaufen, setzt damit Erwerbsarbeit in Be-

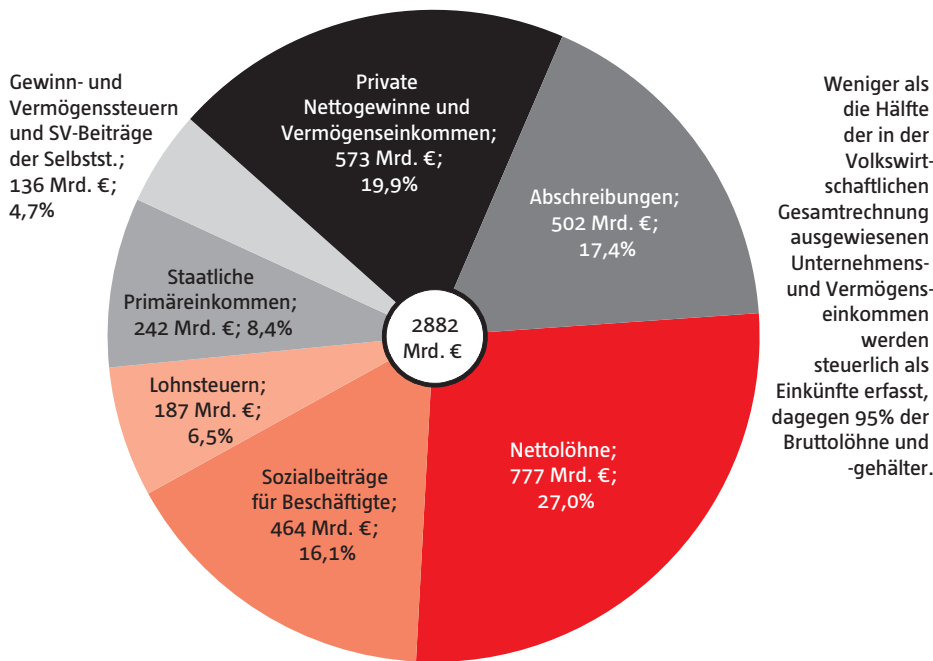
wegung. Er oder sie veranlasst, dass andere gegen Entgelt eine Arbeit machen, nicht weil sie ihnen Spaß macht oder sie diese besonders sinnvoll finden, sondern weil sie das Bedürfnis derjenigen befriedigen, die bezahlen. Je mehr Einzelne sich an der Erwerbsarbeit nicht beteiligen bzw. von ihr ausgegrenzt werden, desto mehr Erwerbsarbeit müssen die anderen leisten, um einen bestimmten Umfang an Gütern und Dienstleistungen und die erforderlichen Einkommen zu erwirtschaften.

## Keine emanzipatorische Alternative

Eine reiche und humane Gesellschaft, wie Linke sie anstreben, wird niemanden zu einer Arbeit zwingen und gewährleistet bedingungslos für alle Schutz vor Armut. Aber die Gesellschaft insgesamt ist unvermeidlich gezwungen, zu arbeiten, um zu leben. Und wer meint, viel dieser Arbeit sei aber sinnlos und überflüssig, muss sich erstens fragen lassen, wer das zu entscheiden hätte. Und sich zweitens darüber klar sein, dass mit dem Wegfall dieser Erwerbsarbeit auch die dabei entstehenden Einkommen und damit Finanzierungsgrundlagen auch für ein BGE wegfielen. Das BGE beruht wie jede Geldleistung vollständig auf verallgemeinerter Erwerbsarbeit und ist keineswegs eine emanzipatorische Alternative dazu.

Die emanzipatorische, linke Alternative zu kapitalistischer Ausbeutung, Entfremdung, sozialen und globalen Spaltungen besteht in der Befreiung der Menschen *in* der Arbeit, nicht *von* der Arbeit. Es geht um Humanisierung und Demokratisierung. Ziel ist die Verkürzung und gerechte Verteilung aller gesellschaftlich notwendigen Erwerbs- wie unbezahlten Arbeit auf alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft. Anstatt mit einem BGE fortbestehende Massenerwerbslosigkeit für gesellschaftlich nicht mehr so problematisch zu betrachten, geht es darum, allen Menschen ein Recht auf gute und angemessen bezahlte Arbeit und daraus ein Einkommen, das höher als ein noch so komfortables BGE läge, zu gewährleisten. Dazu ist notwendig, den gesell-

**Abbildung 1: Bruttonationaleinkommen Deutschlands 2013**



Quelle: Statistisches Bundesamt Sept. 2014, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, eigene Berechnungen

schaftlichen Arbeits- und Produktionsprozess demokratisch umzugestalten. Die linke Perspektive heißt demokratischer Sozialismus, nicht BGE.

Die tagespolitische Alternative ist eine linke Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie sie im Grundsatzprogramm der Partei DIE LINKE beschrieben ist. Kapitalistische Produktions- und Verhältnisse bringen immer wieder Krisen und Erwerbslosigkeit hervor. Diese wird aber keineswegs gesetzmäßig immer größer, und sie kann durch geeignete Politik massiv vermindert werden.

Weltweit nimmt der Umfang der Erwerbsarbeit stetig zu. Selbst in Deutschland steigt bei tendenziell stagnierendem Stundenvolumen an Erwerbsarbeit die Zahl der Erwerbstätigen und der Bevölkerungsanteil derjenigen, die erwerbstätig sind oder es sein wollen, ist heute höher als je zuvor. Dabei steigt weltweit der Anteil der lohnabhängig Beschäftigten. In Deutschland liegt er seit den 1980er Jahren relativ stabil bei um die 89%. Die Produktivitätssteigerungen führen zu steigender Produktion und einem abnehmenden Anteil der Beschäftigten in Landwirtschaft und Industrie. Gleichzeitig erweitern sich vielfältige Dienstleistungs-

bereiche und differenzieren sich immer weiter aus.

Das Problem sind die immer häufiger vorkommenden prekären und nicht existenzsichernden Beschäftigungsverhältnisse. Zugleich kommt der notwendige ökologische Umbau nicht voran und dringende Bedürfnisse etwa in Bildung und sozialen Dienstleistungen werden nicht befriedigt, weil dem Staat, der sie finanzieren müsste, durch Steuerentzügen zugunsten von Reichen und Unternehmen das Geld dafür entzogen wurde. Hier ist in großem Umfang zusätzliche Erwerbsarbeit nötig. Linke Politik muss für gute Arbeitsbedingungen und Löhne, die Schaffung sinnvoller neuer Arbeitsplätze und den Abbau der Erwerbslosigkeit eintreten. Bisher gelingt es trotz breiter gesellschaftlicher Unterstützung nicht, dafür auch nur einige Mrd. Euro durch eine höhere Besteuerung von Reichen hereinzuholen. Beim BGE ginge es um ganz andere Größenordnungen.

### Finanzierungsprobleme

Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen der LINKEN kostet ihr Konzept (1.080 Euro monatlich, 540 Euro für Kin-

der und Jugendliche unter 16) jährlich brutto 985 Mrd. Euro, nach Abzug wegfallender Leistungen netto 863 Mrd. Euro. Das ist mehr als bisher alle Gemeinden, Länder und Bund zusammen insgesamt ausgeben (791 Mrd. Euro in 2013). Bei einem Bruttoinlandsprodukt von 2.738 Mrd. Euro würde das eine Erhöhung der Staatsquote von knapp 45 auf über 76% bedeuten.

Die steuerpolitischen Forderungen der LINKEN zur Bundestagswahl 2013 sollten etwa 180 Mrd. Euro Mehreinnahmen erbringen, davon allein die Millionärsteuer von 5% aufs Nettovermögen 80 Mrd. Euro. Davon waren etwa 100 Mrd. Euro für die Verbesserung öffentlicher Leistungen und Investitionen verplant, die durch ein BGE nicht überflüssig würden. Das würde eine weitere Erhöhung der Staatsausgaben um knapp vier Prozentpunkte am BIP bedeuten. Zusammen mit dem BGE ergäbe sich dann eine Staatsquote in Höhe von 80%.

Nun ist eine deutliche Erhöhung der Staatsquote durchaus nötig und finanzierbar. Man muss aber realistisch diskutieren, was die ökonomischen und politischen Bedingungen und Probleme sind. Die BAG Grundeinkommen tut so, als ginge das so einfach, indem man ein paar neue Steuern und Abgaben erfindet und sich dann schön rechnet, nur Personen mit über 7.000 Euro Monatseinkommen würden zusätzlich belastet. Diese ganzen Berechnungen sind an vielen Einzelpunkten und vor allem in ihrer Kumulation unrealistisch und teils fehlerhaft. Dies wird deutlich, wenn man die Gesamtproportionen betrachtet.

Aller Sozialaufwand wird immer aus der laufenden monetären Wertschöpfung finanziert, also aus dem durch Erwerbsarbeit produzierten Bruttoinlandsprodukt bzw. dem Bruttonationaleinkommen (früher Bruttosozialprodukt genannt, es enthält zusätzlich aus dem Ausland zufließende Einkommen). Die Abbildung 1 zeigt dessen Verteilung. Die Abschreibungen entsprechen dem Wertverlust des Anlagevermögens. Alle öffentlichen Einnahmen sind Abzüge von den Löhnen oder den Unternehmer- und Vermögenseinkommen bzw. ihrer Kaufkraft (bei indirekten Steuern).

Zusätzlich notwendige Einnahmen von über 800 oder 900 Mrd. Euro würden eine Minderung dieser Nettoeinkommen um weit über 60% bedeuten. Es ist unvermeidlich, dass überwiegend die Masse der Beschäftigten dieses Geld aufbringen müsste. Die Gewinne (welche die Selbstständigeneinkommen einschließen) und Vermögenseinkommen reichen nicht und können im Kapitalismus auch nicht unbeschränkt abgeschöpft werden, erst recht nicht bei offenen Grenzen. Dabei ist noch zu beachten, dass nur etwa 40% der hier dargestellten Unternehmens- und Vermögenseinkommen steuerlich als Einkünfte erfasst werden, der Rest wird betriebswirtschaftlich oder steuerlich nicht als Einkommen betrachtet, nicht angegeben oder ist nicht steuerpflichtig (etwa Mietwert selbst genutzten Wohneigentums).

Auch wenn man die zusätzlichen Abgaben mit den BGE-Zahlungen verrechnet, würde schon bei Normalverdienenden eine deutliche Zusatzbelastung auftreten. Und vor allem würde jeder zusätzlich verdiente Euro mit extrem höheren Abgaben als heute belastet. Es wäre eine viel schärfere Erfassung und Kontrolle aller bezahlter Arbeit und Einkommen nötig, um unter diesen Bedingungen »schwarze« Geschäfte und Steuer- und Abgabenhinterziehung zu bekämpfen.

## Universeller Kombilohn

Gäbe es ein BGE, könnte an den Lohn nicht mehr der Anspruch gerichtet werden, mindestens eine existenzsichernde Höhe zu haben, denn jeder Verdienst hätte den Charakter eines Zuverdienstes zum BGE. Das BGE wäre faktisch der universelle Kombilohn als Lohnsubvention für das Kapital. Die Menschen wären dann nicht – wie die BGE-AnhängerInnen behaupten – weniger, sondern noch mehr als heute bereit, für einen minimalen Lohn zu arbeiten, weil der Lohn ja nicht mehr zum Leben reichen müsste. So wie schon heute viele in einem Minijob für Niedriglöhne »hinzuverdienen«, obwohl ihr Einkommen im Haushaltszusammenhang oder z.B. durch Bafög plus Elternzuschuss zum Leben reicht. Selbst nur hundert Euro

oder ein paar mehr im Monat zusätzlich wären lohnend und besser als nur ein BGE.

Dadurch würde auch die Schere zwischen hohen Löhnen für besonders qualifizierte und gefragte Beschäftigte und niedrigen Löhnen für Tätigkeiten, die nur geringe oder überreichlich angebotene Qualifikationen erfordern, noch stärker auseinandergehen. Profitansprüche würden dagegen durch ein BGE nicht gemindert, weil sie unabhängig von Personen und dem ihnen ggf. zufließenden BGE auf das eingesetzte Kapital bezogen sind – es gibt keine »Kombirendite«. Insgesamt wäre zu befürchten, dass die Einkommensverteilung noch ungerechter würde, als sie es heute schon ist.

Die linken BGE-AnhängerInnen fordern dagegen zusätzlich u.a. einen Mindestlohn. Es würde unter diesen Bedingungen aber nicht funktionieren, weil keine hinreichenden Interessen und Kräfte dafür zu mobilisieren wären und viele Millionen ihn unterlaufen würden. Bei prekär Selbstständigen ist es gar nicht möglich, ihnen flächendeckend Mindestentgelte bzw. -preise vorzuschreiben. Viele bieten notgedrungen, weil sie sonst keine Aufträge bekommen, ihre Leistungen zu Dumpingbedingungen an. Der Spielraum dafür wäre mit einem BGE noch viel größer. Der zerstörerische Konkurrenzdruck auf Betriebe, die Mitarbeiter zu tariflichen oder auch Mindestlohn-Bedingungen beschäftigen, würde massiv verschärft.

## Politische Risiken und Probleme

In den neoliberalen Varianten eines BGE, wie sie auch von FDP und manchen CDU-Politikern (Bürgergeld, z.B. Althaus) vertreten werden, sind die lohndrückenden und soziale Regulierungen der Arbeit zerstörenden Wirkungen beabsichtigt. Außerdem sollen damit die Sozialversicherungen zerschlagen werden, weil ein BGE, das bei ihnen auf Hartz IV-Niveau läge, als Absicherung ausreiche. Selbstverständlich lehnen die linken BGE-AnhängerInnen solche Konzepte entschieden ab. Das Problem ist, dass solche neoliberalen Varianten eines BGE die einzigen sind, die eine gewisse Chance zur Realisie-

rung haben, weil sie leichter finanzierbar, fürs Kapital vorteilhaft wären und Teile des bürgerlichen Lagers sie unterstützen.

Linke BGE-Konzepte werfen dagegen nicht nur gewaltige ökonomische Probleme auf, es gibt auch keine machtvollen gesellschaftlichen Interessen und Kräfte dafür. Auch keine Massenmobilisierung, die Europäische Bürgerinitiative erreichte nur einen Bruchteil der notwendigen und erhofften Unterschriften. Menschen orientieren sich an einer vermeintlichen Lösung, die nicht kommen wird, anstatt an tatsächlich lohnenden Zielen und Kämpfen. In den Gewerkschaften wird die Forderung politisch abgelehnt und spielt entgegen anderen Behauptungen keine relevante Rolle.

In der gesellschaftlichen Linken wie in der Partei ist die Forderung hochkontrovers. Jeder Versuch, sie durchzusetzen, hätte hohes spalterisches Potenzial und würde die Linke von großen Teilen ihrer sozialen Basis entfremden. Auf der anderen Seite stellen die linken BGE-AnhängerInnen nur einen kleineren Teil der BGE-Szene dar, diese wird stark von bürgerlichen Konzepten (z.B. dm-Chef Götz Werner) geprägt.

Eine Linke, die erfolgreich sein und stärker werden will, muss soziale Forderungen vertreten, die gemeinsame Interessen derjenigen zum Ausdruck bringen, die von ihrer eigenen Arbeitskraft bzw. der ihrer Familienangehörigen leben oder auf Sozialleistungen angewiesen sind. Forderungen, die an Kämpfe und breite Bündnisse in Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Klasse anknüpfen oder diese entwickeln können. Konzepte wie das BGE, die im Wesentlichen einer Logik des »Wünsch dir was« folgen, anstatt von einer realistischen Analyse von Bedingungen und Problemen, Kräfteverhältnissen und Möglichkeiten auszugehen, sind dafür nicht geeignet.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
  - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
  - Internationales/Krieg & Frieden
  - Buchbesprechungen/Filmkritiken
  - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie  ABC  Mandel  Roth
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie  ABC  Mandel  Roth
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

